



Resolution 2021 der Politischen Kindermedizin zu Bildung und Gesundheit

Vorstand der Politischen Kindermedizin und Tagungsteilnehmer*innen

Die 14. Jahrestagung der Politischen Kindermedizin befasste sich mit dem Thema „Bildung und Gesundheit“. In drei Halbtagen wurde dieses Thema ausführlich durch Referate ausgewiesener Expert*innen und allgemeine Diskussionen engagiert bearbeitet. Themen waren einerseits eine Analyse des derzeitigen Bildungssystems, Vorteile einer inklusiven Pädagogik und realistische Zukunftsvisionen. Am Ende der Tagung wurden einerseits die Notwendigkeit einer breiten, die Bildungsexpert*innen einschließenden Diskussion, andererseits Forderungen an die Politik für die künftige Konzeption einer gesunden, effizienten Schule für alle Kinder auf der Grundlage der Kinderrechte, eines humanistischen Weltbildes und einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten einer entsprechenden Gestaltung des Bildungssystems erarbeitet. Die Forderungen im Einzelnen:

Folgende Forderungen wurden von den TeilnehmerInnen erarbeitet:

1. **Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und Gesundheit.** (Diese Rechte sind angelegt in der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 - Österreichisches Komitee für Unicef 1962¹, den Nachhaltigkeitszielen (SDGs) der UN von 2015² und in Österreich im gescheiterten NAP Behinderung von 2012³.)
2. **Inklusion ist ein Menschenrecht und kein besonderes Bedürfnis.** Neben dem Recht auf einen vollzeitigen Schulplatz braucht es in Österreich endlich einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, wie im benachbarten Deutschland.
Das Recht auf Inklusive Bildung ist in der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung, Art. 24, verankert und wurde von Österreich im Jahr 2008 bereits ratifiziert⁴, bis dato aber kaum umgesetzt. Damit wird das Potential von Kindern mit Beeinträchtigungen nicht gesehen und ihr Beitrag zur Gesellschaft wird beschränkt.
Inklusive Bildung erfüllt den verfassungsmäßigen Rechtsanspruch auf Gleichbehandlung. Sie hat das Ziel, Unterschiede in sozialer oder kultureller Herkunft bezüglich Bildungschancen auszugleichen
3. **Die Pädagog*innenbildung NEU der vergangenen Jahre muss weiter optimiert werden.** Die enthaltenen Module und die freiwillige Spezialisierung sind nicht ausreichend für ein inklusives Unterrichten und ersetzen keinesfalls die medizinischen Teile der alten und abgeschafften Ausbildung der SonderpädagogInnen.⁵ Ebenso muss die **Qualifizierung der Elementarpädagog*innen** (akademisch)

¹ <https://unicef.at/kinderrechte-oesterreich/kinderrechte/>

² <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html>

³ <https://www.behindertenarbeit.at/84925/evaluierung-des-nap-behinderung-2012-2020-ein-dokument-des-scheiterns/>

⁴ <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Menschen-mit-Behinderungen/UN-Behindertenrechtskonvention.html>

⁵ Ein gutes Beispiel von Kooperation von KinderfachärztInnen mit Pädagogischer Hochschule zur Lehrerfortbildung ist der Lehrgang „Diabetes in der Schule? Kein

angehoben werden. Kompetenzen der (Elementar-) Pädagog*innen im Beobachten der Kinder/Schüler*innen und in der Früh-Wahrnehmung von Problemen sollen in Aus- und Fortbildungsprogramme übernommen werden. Denn gute Bildung im Kleinkind- und Vorschulalter zeigt langfristige Auswirkungen auf Sprachkompetenz und Bildungserfolg.

Es braucht dringend eine **Aufwertung und Wertschätzung** der hochqualifizierten herausfordernden Arbeit der PädagogInnen, deren wertvolle Arbeit für unser Land zukunftsbestimmend ist. Um die besten ambitionierten Kräfte zu rekrutieren oder im System zu halten, wird es neben der Qualifizierungsoffensive auch eine Anhebung der Gehälter benötigen.

4. In Zeiten des Kinderärzt*innen-Mangels bei gleichzeitiger massiver Zunahme chronischer Erkrankungen wie v.a. Adipositas und Psychischer Erkrankungen ist die Schule ein Ort, wo alle Kinder **niederschwellig Zugang zu präventiver und therapeutischer Versorgung durch interdisziplinäre Gesundheitsteams mit Vollzeit- School-Nurses** als Gate-Keeper*innen sowie anderer spezialisierter Teilzeit-Berufsgruppen wie Psycholog*innen und Psychotherapeut*innen (s. „fit4school“ in Tirol), Ergotherapeut*innen (s. kindergarten- und schulbasierte Ergotherapie), Sozialarbeiter*innen und Ärzt*innen haben sollen.

Eine Kooperation von Gesundheits- und Bildungsministerium in der Organisation der Schulgesundheit und Prävention ist wichtig.

5. **Der Umgang mit psychischen und psychiatrischen Erkrankungen an den Schulen sollte durch Aufklärung und Supervision aller Beteiligten** (Lehrer*innen, Schüler*innen, Eltern) **enttabuisiert und durch niederschwellige psychotherapeutische Angebote für die Betroffenen und auch für die Klassengemeinschaft verbessert werden.**

Psychische bzw. psychiatrische Erkrankungen (z.B. Angst- und internalisierende Störungen, psychosomatische Beschwerden usw.) zählen mit einer Prävalenz von etwa 22% im Kindes- und Jugendalter zu den häufigsten Erkrankungen überhaupt. Diese Probleme beeinträchtigen die Lebensqualität, den Schulerfolg, den Schulbesuch und unter Umständen das ganze Leben der Betroffenen. Sie sind auch häufig Mitursache für Mobbing und Ausgrenzung. Kinder/Jugendliche, die die Schule nicht besuchen, sind damit auch der „Kontrolle“ und dem Kinderschutz (Vernachlässigung, Missbrauch) entzogen.

Hier könnten schulbasierte Programme, die z.B. gegen Angststörungen oder Computerspielabhängigkeit wirken, erfolgreich eingesetzt werden.

6. **Flächendeckende Mobbing-/Bullying Präventionsprogramme** sollten das bisher weit unterschätzte Mobbing- und Cybermobbingproblem in Österreich verbessern.

Mobbing/Bullying ist mit Prävalenzen von etwa 25%, Cybermobbing mit etwa 50% ein für beide, Mobber und Gemobbte, folgeschweres Problem, das meist von den Schulen verleugnet bzw. unzureichend „bekämpft“ wird, was meist zum resignativen Ausscheiden der Gemobbten aus der Schule, zu schwerwiegenden internalisierenden Störungen (Depressionen, schulischen und Selbstwertproblemen bis hin zum Selbstmord) und bei den Mobbern zu schwer behandelbaren externalisierenden Störungen führt.

7. **Bildung im Kindes- und Jugendalter muss auf der Basis der in den Kinderrechten formulierten Ziele¹ in enger Zusammenarbeit aller Schulpartner*innen, dem Schulteam erfolgen.** An allen Schulen sollte das „Miteinander“ oberstes Prinzip sein. Zukunftswerkstätten, die Eltern und SchülerInnen inkludieren, sind für eine Weiterentwicklung des Systems Schule unabdingbar! Obwohl diese Grundlagen Inhalt bestehender Verträge sind, werden sie vom derzeitigen Bildungssystem nur unzureichend wahrgenommen und erfüllt, daher muss Schule prinzipiell neu gedacht werden.

8. **Ein übergeordnetes Netzwerk für Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen** zum Austausch zu Fragen der Haltung und des Unterrichts sowie als leicht zugänglicher Pool an Unterlagen und Hilfsmitteln soll geschaffen werden. Bereits bestehende Netzwerke, wie z.B. „Schule im Aufbruch“⁶, sollen miteingebunden bzw. als Plattform mitverwendet werden.

Pädagog*innen sollen fachliche Unterstützung in Anspruch nehmen können, wenn nötig auch online. Beispielhaft können Koordinationslehrer*innen an jeder Schule den Austausch über pädagogische Tools und eine Fehlerkultur sowie regelmäßige Reflexion über pädagogisches Handeln ermöglichen. Das Angebot an **Supervision, Coaching** und psychologisch/psychotherapeutischer Betreuung soll für das gesamte Schulteam (Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern, ...) ausgebaut und leicht zugänglich gemacht werden. Derzeit nimmt einerseits die Zahl der Schulverweiger*innen zu, andererseits empfinden sich Lehrer*innen als hochbelastet und zählen zu den Hochrisikogruppen für berufsbedingte psychische Störungen.

9. **In einer gesunden Schule gibt es an strukturellen Voraussetzungen ausreichend große, flexibel nutzbare, gut belüftete Lernräume, Klassen- und Lehrerzimmer** für Ganztagsunterricht und -betreuung mit Rückzugsmöglichkeiten, kleinere Gruppen- /Klassenschüler-zahlen, Möglichkeit für Team-Teaching bzw. ein höherer Betreuungsschlüssel in jeder Einheit, mehr Bewegungsräume, mehr Sportmöglichkeiten, physiologische Schulzeiten, mehr Flexibilität im Unterricht, die es erlaubt, Kinder/Schüler*innen individuell zu fördern.

Zusammenfassend

fordern wir daher im Sinne der obigen Ausführungen eine grundlegende Änderung der Bildungspolitik im Sinne der „Schools for health“, wie sie 2020 von einer medizinisch-wissenschaftlichen Allianz im Lancet gefordert und bereits 2019 von „Schools for health in Europe“ empfohlen wurden.

Wir fordern auch eine unmittelbare Umsetzung auf der Basis der Implementation Recommendation 2021 sowie des Programms „Inclusive Education“ der WHO/UNICEF!

Literatur:

- 1.A future for the world's children? A WHO–UNICEF–Lancet Commission: Helen Clar et al. (2020) The Lancet Volume 395, ISSUE 10224, P605-658, February 22, 2020
- 2.European Standards & Indicators for Health Promoting Schools, www.schoolsforhealth.org
- 3.World Health Organization. (2021). Making every school a health-promoting school: implementation guidance.

⁶ <https://www.schule-im-aufbruch.at/>